

geo-net Fraktion im Stadtrat

Thomas Vizl
Salzstraße 23
97447 Gerolzhofen
Tel. 0177 / 8044191 oder 09721 / 646499-55 (tagsüber)
Fax 09721 / 646499-77 e-mail: thomas.vizl@ing-orf-vizl.de

Thomas Vizl Salzstraße 23 97447 Gerolzhofen

Stadt Gerolzhofen
Herrn Bürgermeister
Thorsten Wozniak
97447 Gerolzhofen

Gerolzhofen, 14. Sept. 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stelle ich im Namen und Auftrag der geo-net-Fraktion folgenden Antrag und bitte um Behandlung im Stadtrat:

- 1. Die Stadt Gerolzhofen unterstützt die Bestrebungen des Landkreises Bamberg, den Titel „Welterbe“ für den Steigerwald zu erreichen.*
- 2. Die Stadt Gerolzhofen geht auf den Landkreis Bamberg zu und vertritt in den Gesprächen die eigenen Interessen.*
- 3. Voraussetzung ist, daß die naturnahe Forstwirtschaft im Gemeinsamen Bürgerwald der Stadt Gerolzhofen und der Gemeinde Dingolshausen wie bisher möglich sein wird. Entsprechende Regelungen sind in mögliche Verordnungen einzuarbeiten.*
- 4. Die Stadt Gerolzhofen bittet den Landkreis Schweinfurt und Landrat Florian Töpfer das Anliegen „Welterbe Steigerwald“ ebenfalls tatkräftig zu unterstützen.*
- 5. Touristisches Marketing im Steigerwald soll stärker zwischen den Landkreisen, den Kommunen, dem Naturpark Steigerwald und dem Nachhaltigkeitszentrum in Handthal abgestimmt werden. Die Tourist-Info in Gerolzhofen soll hier mitarbeiten.*

Begründung:

Der Titel „Unesco-Welterbe“ wäre eine große Chance für die Stadt Gerolzhofen. Wir sollten hier nicht als Bremser tätig werden, sondern die Angelegenheit im Sinne und zum Wohle der Stadt Gerolzhofen beeinflussen. Der Schutz unseres Eigentums, dem Gemeinsamen Bürgerwald, läßt sich im Dialog über Kreis- und Bezirksgrenzen hinweg, am besten erreichen.

Im Bamberger Kreistag gab es im Juli eine bemerkenswerte Übereinstimmung: Alle Fraktionen wollen am Ziel „Welterbetitel“ für den Steigerwald festhalten. Die Verordnung "Der hohe Buchene Wald im Ebracher Forst" im Staatswald ist weiterhin gültig. Landrat Kalb will einen gemeinsamen Vorstoß zur Erreichung des Ziels starten und dabei auf die anderen Landkreise zugehen. Der parteiübergreifende Konsens im Bamberger Kreistag gibt uns ein gutes Beispiel.

Diesen erstaunlichen Konsens im Bamberger Kreistag nehmen wir zum Anlaß, auch in Gerolzhofen im Stadtrat einen Konsens anzuregen.

Der Titel „Unesco-Welterbe“ kann für die Stadt Gerolzhofen und für die VG Gerolzhofen ein besonderer Leuchtturm im Stadt- und Tourismusmarketing werden. Gerolzhofen wäre dann das „Tor zum Weltnaturerbe Steigerwald“.

Thomas Vizi
Mitglied des Stadtrats
Fraktionssprecher geo-net

Anlage:

Fränkischer Tag Bamberg, 22.07.2014

[Region](#) // [Bamberg](#)

Welterbetitel soll auch ohne Nationalpark Steigerwald möglich sein

In den letzten Wochen sorgten Spekulationen, ob die Verordnung "Der hohe Buchene Wald im Ebracher Forst" außer Kraft gesetzt wurde, für viel Unmut. Landrat Kalb legte nun im Kreistag die Karten auf den Tisch.

Im Hof des Landratsamtes standen sich vor der Kreistagssitzung Befürworter (links) und Gegner eines Nationalparks (rechts) gegenüber. Foto: Riegerpress

von [HARALD RIEGER](#)

Während sich vor dem Landratsamt im Rahmen einer Protestkundgebung Gegner und Befürworter des Nationalparks Steigerwald verbal beharkten, herrschte bei der Aussprache im Sitzungstrakt nach dem Wirbel um eine Verordnung über die Errichtung eines Waldschutzgebietes bei Ebrach unerwartete Harmonie. Auf Antrag der Grünen-Fraktion klärten Landrat Johann Kalb (CSU) und die Landkreisverwaltung über den aktuellen Stand der Dinge und eine weitere Vorgehensweise in Sachen Steigerwald auf.

"Wir dürfen das Thema Nationalpark nicht nur schwarz-weiß sehen. Und wenn wir uns weiter zerfleischen, wird das wenig zielführend sein", unterstrich Kalb. Auch höre der Steigerwald nicht an der Landkreisgrenze auf und man müsse alle Menschen mitnehmen.

Der Sachstandsbericht machte deutlich, dass es nach Auskunft des Bundesamt für Naturschutz im Steigerwald genügend Flächen gebe, um die naturschutzfachlichen Kriterien für ein Weltnaturerbe zu erfüllen. Allerdings lägen diese nicht nur im Landkreis Bamberg, sondern auch in den Landkreisen Haßberge und Schweinfurt. Für eine Bewerbung bei der Unesco sei es aber auch erforderlich, dass neben den Schutzflächen eine Verwaltung gewährleistet sei. Diese Auflage könnte eventuell mit dem Steigerwaldzentrum für Nachhaltigkeit in Handthal, mit der Ausstellung "Lebensraum Buchenwälder" im Markt Ebrach und dem Baumwipfelpfad am Radstein erfüllt sein.

Ausweisung der Fläche als Nationalpark nicht erforderlich

Es ist zwar noch nicht ganz geklärt, so betonte die Verwaltung, welche Anforderungen in welchem Umfang umgesetzt werden müssen, damit der Steigerwald als Weltnaturerbe ausgewiesen werden kann. Fest steht aber, eine Ausweisung der Fläche als Nationalpark ist nicht erforderlich.

Weiterhin ist die Verordnung "Der hohe Buchene Wald im Ebracher Forst" gültig. Weder der Landtag, noch die Untere Naturschutzbehörde, noch der Bamberger Landrat hätten diese Verordnung aufgehoben oder ihren Vollzug außer Kraft gesetzt. Die Staatsforsten hätten vielmehr in Gesprächen mit dem Landratsamt erklärt, bei der Bewirtschaftung des Forstbetriebes Ebrach die Vorgaben der Verordnung zu respektieren.

"Ziel ist ein gemeinsamer Vorschlag für den gesamten Steigerwald, der einvernehmlich mit allen Beteiligten erarbeitet werden soll. Auch nach Auffassung der Vertreter aller drei Landkreise setzt dies ein gemeinsames Handeln in der Region voraus", resümierte Christina Romig, die den Sachstandsbericht vortrug. Und Kalb ergänzte: "Ich denke, wir sind uns einig, dass der Steigerwald Welterbe werden soll. Jetzt gilt es den Weg zu finden, wie wir zu unserem Ziel kommen können."

Die Kreistagsmitglieder begrüßten den aufklärenden Sachstandsbericht. Sie betonten aber auch, wie beispielweise Andreas Lösche (Grüne/AL), dass man nicht nur einen "Landrat mit klarem Blick brauche, sondern auch ein langes Durchhaltevermögen." CSU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Möhrlein ermahnte, beide Seiten der Demonstranten ernst zu nehmen. Auch Liebhard Löffler (FDP) will, dass man die Bevölkerung und deren Ängste wahrnehme. Auf einen guten Erfolg hoffte Kreisrat Richard Kaiser (ÖDP), und Heinrich Rudrof (CSU) forderte: "Wir sollten das ideologische Säbelrasseln unterlassen und uns eine Friedensperiode verordnen."